

Die 'Freiheit' erscheint morgens und nachmittags, an Sonntagen und Feiertagen nur morgens. Der Druckpreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei einer Postbestellung ohne Bestellgebühr monatlich 1,- M., bei Zustellung unter Schutzband 1,- 25.

Inserate kosten die wichtigste Nonpareilzeile oder deren Raum 120 M., Werbenzeigen das (Freibrief) Wort 60 Pfg., jedes weitere Wort 25 Pfg. Erscheinungsdauer 30 Pfg. Familien- und Vereinswerbungen zählt der Zuschlag fort. Inzerate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

FREIHEIT

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Der Sieg des Kapitalismus.

Wissells Rücktritt.

Nach den ausführlichen Mitteilungen der bürgerlichen Presse über die gestrige Kabinetsitzung und die Vorgänge hinter den Kulissen unterliegt es keinem Zweifel, daß der bevorstehende Rücktritt Wissells einen vollkommenen Sieg des kapitalistischen Wirtschaftssystems bedeutet. Die Wisselsche Planwirtschaft bedeutete selbst keineswegs etwa die Verwirklichung des Sozialismus; aber Wissell wird fortgeschickt, nicht etwa um die Wirtschaftspolitik in wirklich sozialistische Bahnen zu lenken, sondern um die Wiederaufrichtung der kapitalistischen freien Wirtschaft von allen Schranken zu befreien.

Die 'Deutsche Tageszeitung' atmet befriedigend auf; man dürfe diesmal bestimmt damit rechnen, daß unser Wirtschaftsleben von der Fürsorge Wissells und seines geistigen Nährvaters Müllendorfs befreit werden würde. Auch das 'Berliner Tageblatt' hofft mit Bestimmtheit, daß endlich mit der Beschränkung des Handels, insbesondere der Ein- und Ausfuhr, ein Ende gemacht werde. Das Blatt fordert, daß keine Wirtschaftsverbände und Kaufmannshandelsstellen mehr gegründet werden sollen, daß sämtliche Rohstoffe für die Ausfuhr und sämtliche Fabrikate, mit Ausnahme der für die innere Versorgung zur Zeit noch entbehrlichen, für die Ausfuhr freigegeben werden. Nur für gewisse Luxusartikel und für gewisse Lebensmittel würde die Einfuhr noch nicht sofort freigegeben sein.

Da wir also mit vollen Segeln wieder in eine neue kapitalistische Epoche hineingelassen sollen, so verlangt das Blatt, daß Wissells Rücktritt nicht etwa ein Rechtssozialist, sondern eine 'unpolitische Persönlichkeit' werden solle. Und das Blatt hat schon den Kandidaten für den Posten bei der Hand. Es nennt den Geheimrat Dr. Wiedfeld, früher Professor der Nationalökonomie, jetzt Ritterlieh des Preussischen Direktoriums, für den Posten des Reichswirtschaftsministeriums, der sich im Kriege im Reichsamt des Innern, später im Reichswirtschaftsministerium höchst erfolgreich betätigt und sich jetzt bei der Bundesdelegation als 'ausgebender Arbeiter' gezeigt habe. Kann man besser erkennen, wohin das kapitalistische Bürger-Rathamt des Innern, später im Reichswirtschaftsministerium, einer Kandidatur für das Reichswirtschaftsministerium, dessen Richtung den Kreisen der Großindustrie und der Großfinanz außerst willkommen wäre.

Der 'Vorwärts' hat bisher noch keine Silbe über den bevorstehenden Rücktritt Wissells gebracht. Er findet es nicht für nötig, seine Leser darüber zu unterrichten, daß die Pläne Wissells, für die das Blatt so begeistert ist, tatsächlich die Absichten sind, erledigt von den rechtssozialistischen Ministerkollegen zugunsten der freien kapitalistischen Wirtschaft. Das Blatt muß offenbar erst abwarten, welche Direktiven es von der Regierung über diese Pläne bekommen wird. Vorher darf es nicht wagen, eine Meinung darüber zu äußern. Es wird recht lustig werden, zu sehen, wie der 'Vorwärts' in kurzer Zeit verflucht wird, was er bisher gegnert hat.

Eine böse Geschichte.

Ein rechtssozialistischer Ministerpräsident als Hochverräter! Anklagen des 'Vorwärts'!

Seltene und höchst wunderbare Dinge gehen in Deutschland vor. Alles ist unternimmt. Wenn Arbeiter heute irgendwelche Forderungen stellen, Lohnforderungen oder gar eine Entschuldigungsnummer verlangen, dann bedeutet das in Wirklichkeit die Absicht, erstens gewalttätig die Regierung zu stürzen, zweitens die Atonierpublik zu errichten, drittens die Weltrevolution zu entfachen. Deshalb muß der Berliner sozialdemokratische rechtssozialistische Bezirksverband in edler Gostesharmonie mit dem Bürgerrat die Streikenden beschimpfen und die Bevölkerung gegen sie aufwachen, muß die Regierung die Vermittlung ablehnen und den Unternehmern ihre Unterstützung leihen.

Aber das ist noch lange nicht das Ärgste. Droht von unten Unsturz, so von oben Hochverrat. Doch der 'Vorwärts' wacht. Rechtzeitig deckt er rückwärts das Komplott auf. Wir lesen da:

Die tschechische Republik des Herrn Dostowiz leidet mehr und mehr in den Hintergrund. Eine neue Gefahr für den Bestand des Deutschen Reichs und besonders Preussens ist durch die Propaganda des böhmischen Ministerpräsidenten Ulrich für den Versuch, mit Hilfe der Franzosen und vor allem des General Mangin eine groß-böhmische Republik zu

gründen, entstanden. Diese Republik soll das gesamte Großherzogtum Hessen, Rheingauen, Hessen-Nassau, die Rheinpfalz und das Herzogtum Württemberg bis hinauf nach Wehrlar umfassen. Darmstadt soll Hauptstadt werden, während Mainz an Stelle von Frankfurt a. M. zum Haupthandelsplatz erhoben werden soll. Es ist allerhöchste Zeit, daß die Regierung energischen Protest gegen diese andauernden Versuche, neue Staaten von Preußen abzuzweigen, erhebt.

Wer ist dieser Ministerpräsident Ulrich, den der 'Vorwärts' mit dem unzweifelhaften Hochverräter Dostowiz auf dieselbe Stufe stellt? Nun, niemand anders, als der alte heftige rechtssozialistische Führer Ulrich, — zum Schimpf des Hochverrats hängt ihm der 'Vorwärts' auch noch ein zweites an — von dem wirklich nur ein Spitzel oder ein 'Vorwärts'-Redakteur annehmen kann, daß er im Bunde mit den Franzosen Landesverrat betreibt. Das ist aber nicht das einzige Brotstück an dieser Weiskornnot. Noch schöner ist, daß der brave 'Vorwärts' offenbar alle Bestrebungen nach einer vernünftigen Neuerteilung Deutschlands, die natürlich auch den Bestand des alten Preußens verändern wird, einfach als Hochverrat denunziert. Fehlt nur noch, daß er verlangt, daß Herr Kosske und Hessen den Krieg erklären und gegen Herrn Ulrich marschieren läßt.

Ja, so kommt es, wenn man seine Politik nur noch auf das Studium von Spitzelberichten aufbaut.

Die gewöhnliche amtliche Irreführung.

Berlin, 8. Juli.

Von maßgebender Seite wird dem W. L. S. mitgeteilt: Die Behauptung, daß von ausländischer Seite in einer Verfassung die 'ausgezeichnete Spitzelorganisation der Regierung' gerührt worden sei entspricht nicht den Tatsachen. Anherrensiech versteht es sich von selbst, daß die verantwortlichen Stellen den Absichten des politisch feindlichen Berbrechertums vorbeugen.

Es ist bezeichnend, daß die amtlichen Stellen zu dieser verunglückten Irreführung der Öffentlichkeit zwei volle Tage gebraucht haben. Am Montag hat Herr v. Gerlach diese Neuherung in der 'Welt am Montag' mitgeteilt und erst heute antwortet die amtlichen Stellen. Aber wie der Schluß der Verleumdung zeigt, wagt die Regierung es ja überhaupt nicht abzutreten, daß sie diese 'ausgezeichnete Spitzelorganisation' hat. Im übrigen können wir es der Regierung vollkommen nachsichtigen, daß ihr dieses offene Bekenntnis eines ihrer übererkrigten Jünger sehr unangenehm ist.

Marg aus der Haft entlassen.

Eine rätselhafte Verhaftung.

Der Geschäftsführer der Bankbeamten, Marg, der gestern abend von zwei Kriminalbeamten in Begleitung von Soldaten verhaftet worden ist, ist bereits wieder aus der Haft entlassen worden. Er wurde sofort dem Untersuchungsrichter im Kriminalgericht vorgeführt, der ihn einem kurzen Verhör unterzog. Er wurde nach einstündiger Dauer ohne Angabe der Gründe, die die Ursache seiner Verhaftung bildeten, wieder freigelassen. Wie der 'Allgemeine Verband der Bankbeamten' dazu mitteilt, lautete der Haftbefehl, auf Grund dessen Marg verhaftet wurde, ursächlich auf Emonts. Dieser Name war aber mit Bleistift in Marg abgeändert.

Wie ferner der 'Neuen Berliner Zeitung' von der Staatsanwaltschaft I mitgeteilt wird, liegt über die Verhaftung von Marg bis zur Stunde noch keinerlei Meldung vor. Seinerzeit war gleichzeitig mit dem Haftbefehl gegen Emonts auch ein Haftbefehl gegen Marg erlassen worden. Dieser Haftbefehl kam aber nicht zur Ausführung und wurde später wieder aufgehoben. Kurz darauf wurde Marg zu einem Verhör vorgeladen. Man ließ ihn aber, nachdem er keine Auslagen gemacht hatte, unbehelligt nach Hause gehen. Wenn tatsächlich ein Haftbefehl gegen Marg vorliegt, so hängt er jedenfalls nicht mit seinen sozialen Bestrebungen zusammen, sondern sei auf eine private Angelegenheit zurückzuführen.

Sehr einleuchtend ist diese Begründung nicht, und zurecht wohl noch viel weniger. Aber kommt es darauf auch noch an? Die W. L. S. D. kann jeden Menschen verhaften auch ohne Grund, und daß sie das tut, dafür ist der Fall Marg ein neuer Beweis.

Der Rätelkongreß in Wien.

Von Julius Braumthal (Wien).

1. Die Organisation der Arbeiterräte.

Die Reichskonferenz der Arbeiterräte Deutschlands, die in der vorigen Woche im Abgeordnetenhaus tagte, war eines der bedeutendsten politischen Ereignisse in der Geschichte der deutschösterreichischen Revolution.

Die Institution der Arbeiterräte in Deutschösterreich ist die Frucht der großen politischen Streiks in den Jännermonaten im Jahre 1918. Der Jännerstreik war eine gewaltige Solidaritätskundgebung mit der russischen Revolution, die vom habsburgischen und habsburgischen Imperialismus auf das schwerste bedroht war. Damals bildeten sich in Wien und in einigen Städten Niederösterreichs noch dem Vorbilde des russischen Proletariats spontan Arbeiterräte, die jedoch nur vorübergehend politische Wirksamkeit erlangten.

Diese Arbeiterräte hatten durchaus sozialdemokratischen Charakter, und als in den stürmischen Wochen der Staatsumwälzung die sozialdemokratische Partei mit allen ihren Kräften bestrebt sein mußte, das deutschösterreichische Proletariat vor dem Untergange zu bewahren, war einfach nicht die physische Möglichkeit gegeben, an den planmäßigen Aufbau der Arbeiterräteorganisation zu scheitern. Wohl trat der Wiener Arbeiterrat häufig zu Konferenzen zusammen, um die politische Taktik der Sozialdemokratie zu bestimmen. Aber erst in den Märztagen, unter dem Drucke der stürmischen revolutionären Bewegungen in Deutschland und der Proklamierung der Räterepublik in Ungarn, gedrängt — und dies sei freimütig eingestanden — durch die Kommunisten, wurde die erste Reichskonferenz der Arbeiterräte Deutschösterreichs einberufen, die sich die Organisation der Arbeiterräte zur Aufgabe stellte. Die Organisation der Arbeiterräte ist nun nahezu völlig gelungen. Die Wahlen zu den Arbeiterräten haben sich in Deutschösterreich, mennigleich auch langsam, so doch in größter Ordnung und größtem Umfang vollzogen. Die Konferenz der Arbeiterräte Deutschösterreichs stellt die nahezu restlose Vertretung des Proletariats dar und spiegelt vollendet ihren politischen Willen.

Die Reichskonferenz der Arbeiterräte Deutschösterreichs hatte drei Aufgaben zu erfüllen: Sie hatte die Organisation der Arbeiterräte zu schaffen, die Richtlinien der proletarischen Politik festzulegen und die Aufgaben der Arbeiterräte in möglicher Klarheit zu umreißen. Die Verrichtung dieser Aufgaben, der sie sich in einer dreieinhalbtagigen Verhandlung mit überaus großem Ernste unterzog, erbrachte den Beweis ihrer außerordentlichen Lebensfähigkeit. Die Klärung der Fragen, die diese Arbeit ausfüllte, vollzog sich in einer Auseinandersetzung der Sozialdemokraten mit den Kommunisten.

Die bedeutendste Erscheinung des Kongresses war die Tatsache, daß die Einheitsfront des Proletariats nahezu ungebrochen ist. Wie in fast allen Ländern, so führte auch in Deutschösterreich die Stellung der Sozialdemokratie zur Kriegesfrage zu einer schmerzlichen Erschütterung des Parteigesüßes. Dank des historischen Zufalles, daß die Partei erst im letzten Kriegsjahre dazu berufen wurde, vor aller Öffentlichkeit im Parlament ihre Stellung zum Kriege zu manifestieren, zu einer Zeit also, als bereits die Klärung der widerstreitenden Meinungen infolge der eindeutigen geschichtlichen Erfahrungen zu einem Siege des linken Flügels der Sozialdemokratie geführt hatte, wurde die verhängnisvolle Spaltung der Partei vermieden. Die Arbeiterklasse, deren Klassenbewußtsein durch die Erfahrungen in der Sozialdemokratie organisiert ist, trat in ungebrochener Geslossenheit in die Revolution ein. Die Probleme der Revolution sind in Deutschösterreich überaus eindeutig bestimmt. Die Taktik der Partei ist das Resultat der tatsächlichen Machtverhältnisse, die mit seltener Anschaulichkeit jedem Arbeiter bewußt sind. Es gelang der Sozialdemokratie, das Maximum des Erreichbaren für die Arbeiterklasse aus der Revolution zu pressen und somit jede ernsthaftige Erschütterung des Parteigesüßes zu vermeiden.

Die kommunistische Partei, die in den Novembertagen gegründet wurde, ist das Werk von Unkenködern, die, von einigen wenigen Genossen abgesehen, der Partei früher nie angehört und die Erkenntnis des Sozial-

